

Haushaltsrede 2021 02 10
Fraktion DIE LINKE.

Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

In den vergangenen Jahrzehnten hat unser Planet massive, meist irreparable Schäden erlitten. Die Herausforderung für linke Kommunalpolitik ist, alle Tätigkeiten, die durch Verwaltung initiiert oder ausgeübt werden, zu beobachten und zu bewerten. Nur mit einer entschlossenen Klimapolitik in unseren Städten und Gemeinden kann man der drohenden Verschlechterung entgegenwirken. Gemessen an den unausweichlichen Folgen der Klimakatastrophe sind hier die politischen Einsichten, Entscheidungen und Maßnahmen allerdings auch in Ibbenbüren mehr als bescheiden, und wir fragen: Wie viele Dürren, Fluten, Orkane und Viren muss es noch geben, bis die Unverantwortlichen begreifen, dass die zerstörerische Wirtschafts- und Arbeitsideologie, genannt Kapitalismus, die Ursachen sind.

In Ibbenbüren schaut man ebenfalls in erster Linie auf die Entwicklung der Wirtschaft und der Industrie. Eben Wachstum. Im großen Stil werden Flächen, die bisher landwirtschaftlich genutzt wurden und gesäumt waren mit Wallhecken und Bäumen, für Industrieansiedlungen bereitgestellt. Siehe Fa. Krone an der Gravenhorster Straße. Nicht nur hier ist Biodiversität für immer verloren. Auch Gärten werden zu Bauplätzen, verdichtet, versiegelt, man nennt es gern „Baulücken schließen“.

Wir brauchen einen gewaltigen Sprung. Wir müssen die Bremsen im Kopf lösen, v.a. das Wachstum senken, überwinden.

Mobilitätskonzept: da sollte eine Menge möglich werden. Als erstes Prinzip: nur so viele Parkplätze wie nötig, aber so wenig wie möglich. Für Autos gilt das gleiche. Das bleibt ein frommer Wunsch, wenn nicht Alternativen geboten werden. Wir benötigen einen intelligenten ÖPNV mit umweltverträglichen Antrieben. Wir benötigen umgehend eine intakte ausgebaute Fahrradinfrastruktur. Eben auch zur Verhinderung des CO₂-verursachenden Verkehrs. Wir müssen Bäume pflanzen. Unsere Forderung: 50000 in unserem Stadtgebiet, für jede der Bürger*innen einen. Wir müssen Fassaden begrünen, als Anfang könnte das Kulturhaus als gutes Beispiel dienen, wenn es denn begrünt würde! Dächer, wenn sie für Photovoltaik ungeeignet sind, müssen mit Steinkräutern und Gras belegt werden.

Die Umgebung des Aasees hat man aufgehübscht. Darauf ist man sehr stolz: rundherum ein breites, graues Asphaltband, natürlich subventioniert, als E-Bike-Piste. In benachbarten Orten, z.B. auch am Tierpark Rheine, wird wassergebundener Belag möglich, der auch aus ökologischer Sicht vertretbarer ist.

Über die Qualität des Wassers im Aasee, wie in der Aa schweigt man. Die immer wieder vorgeschlagene und dringend erforderliche Umflutung der Aa, Anstau Aasee, wurde bisher

nicht realisiert, obwohl eine vorliegende Machbarkeitsstudie eine Umflutung positiv bewertete.

Auch in Ibbenbüren müssen wir **Luft, Wasser, Erde** vor weiteren Belastungen schützen. Der Umbau der industriellen Landwirtschaft ist überfällig, er muss nur ideologisch und finanziell gefördert werden, über Massentierhaltung müssen wir nicht reden, die hat sich selbst in AUS gebracht. Auch wenn der Ibbenbürener Rat keine Gesetze erlassen kann, es ist einiges mehr drin, als gemacht wird. Wir brauchen eine kommunale Kreislaufwirtschaft, Ressourcensparsamkeit, Recyclingkonzepte, dezentrale Energieversorgung durch CO2-freie Stromproduktion. Nur so wird die Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge auf Dauer und die Schaffung sozialer Gerechtigkeit für alle Bürger*innen ermöglicht. Aber hier in Ibb. wird allenfalls an Symptomen herumgedoktert, an echten Lösungen scheint man weniger interessiert.

Schule, Bildung: Ibbenbüren ist stolz auf seine „Schullandschaft“, auf seine Bildungseinrichtungen. Das wird zumindest von den Berufenen bei jeder Gelegenheit betont. Wenn wir aber das Angebot mit den Angeboten von Städten vergleichbarer Größe vergleichen, so ist hier nichts Außergewöhnliches feststellbar. Grundschulen, Hauptschule, Realschulen, Gymnasien, Gesamtschule, Freie Schule, die Kreisschulen. Doch, es gibt eine Besonderheit! Ibbenbüren hält an der Hauptschule fest. Warum? Weil Schubladendenken so einfach ist? Wer von den Ratsmitgliedern hat Kinder oder Enkelkinder auf der Hauptschule? Aha!!!

Die Linke fordert eine grundlegende Reform des Bildungssystems. Für Ibbenbüren wäre das die Revolution: „Eine Schule für Alle“, gepaart mit einem Bildungsbegriff, der sich der Funktionalität ökonomischer Verwertung und sonstiger Instrumentalisierung entzieht. Die Gesamtschule ist ein guter Ansatz. So zielt auch unsere Vorstellung von Bildung und Schule auf individuelle und kollektive Mündigkeit, Emanzipation und Aufklärung. Sie ist an Humanität, Kritikfähigkeit und Selbstbestimmung gebunden. Denken Sie das mal zu Ende: Kein „Grundschulabitur“, keine oftmals diskriminierenden Schulformempfehlungen der Grundschulen für die SEK 1, keine „Abschüler*innen“, keine Konkurrenzsituation zwischen den Schulen, sondern **eine** Organisation mit einer selbstverständlichen Binnendifferenzierung, damit alle SuS individuell gefördert werden können. Wir wollen gleiche Chancen für Ungleiche. Wir wollen Kindern ermöglichen, in einem gemeinsamen Unterricht voll am schulischen Leben teilzuhaben. Erst wenn Systeme dies für alle Kinder leisten, können wir von Bildungsgerechtigkeit reden. Und auf dem Weg dahin ist auch der Schulträger, die Stadt, mit Nachdruck gefordert! Wie das geht? Das machen uns andere Kommunen, andere Länder, z B. Schweden, Finnland, Dänemark erfolgreich vor. Deutschland ist da im Vergleich der führenden Industriestaaten nicht einmal Mittelmaß.

Wie ist die Faktenlage der Ibb. Schulen?

Da gibt es das Kepler Gymnasium. Ein Erweiterungsbau wird nun realisiert. Kosten: fast 10 Mio. Es sei ihnen gegönnt. Wenn aber diese Schule nun das Raumangebot für den Ganzttag erhält, sollte sie auch den Ganztagsbetrieb umsetzen. (Siehe auch Interview mit dem ehemaligen Schulleiter Weiser, IVZ) Wenn nun die Räume für die Inklusion, das Gemeinsame Lernen, geschaffen werden, erwartet man dafür die entsprechende Nutzung. Und die Schule erhält eine eigene Mensa. Z. Zt. werden im Kepler 46 Mittagessen pro Tag ausgegeben, bei 870 S u. S. Eine gemeinsame Mensa mit der Gesamtschule, vor einigen Jahren neu erstellt, wollte man nicht. Nicht nur aus der Sicht der Kosten hätte diese Lösung viele Vorteile gehabt. Geopfert werden für den Erweiterungsbau eine Reihe von Eichen. Unverzeihlich, zumal sicher andere An- und Ausbaumöglichkeiten bestanden hätten. Sie fehlen nun für die Beschattung, für die Klimaverbesserung.

Für eine starke LINKE! Konsequent sozial-öko-logisch!

www.die-linke-steinfurt.de

Schauen wir auf die HS, 330 SuS aktuell, an 2 Standorten. Wenn die Entwicklung der SuS-Zahlen so weitergeht, und das ist zu erwarten, wird die Schule 2022/23 ca. 260 SuS. haben.

Ob Sie es nun glauben oder nicht, diese Hauptschule ist kein Alleinstellungsmerkmal, sie ist vielmehr NRW-weit ein Auslaufmodell. Trotzdem plant man einen Neubau! Kosten: ca. 16-17 Mio. Der Standort steht ja schon fest. Zwischen Ledder Straße und dem Hof Bögel-Windmeyer. Und wie viel Bäume müssen dann dafür gefällt werden?

Ähnliche Entwicklungen, was die SuS-Zahlen angeht, wird in der AF-,RS schon jetzt, spätestens 2022/23 auffällig. Es ist aus unserer Sicht dringend geboten, über die Entwicklung der Schulen zu reden. Wir fordern für diese wichtige Aufgabe die sofortige Einrichtung einer Expertengruppe.

Arbeit, Soziales: Beim verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte liegt Ibb. im Vergleich mit den anderen Kommunen in NRW an 334. Stelle von insgesamt 396. (Stand 2017). Da hat es zwar in den letzten Jahren eine leichte Verbesserung gegeben, dennoch ist das Ergebnis ernüchternd. Niemand kann von so wenig Geld leben! Um soziale Ungleichheit wirksam zu bekämpfen, bedarf es der mutigen, politischen Entscheidungen. Auch die Stadt Ibbenbüren hat Möglichkeiten, durch Steuern und Gebühren Reichtum umzuverteilen. Konkret: uns fehlen gut bezahlte Arbeitsplätze, auskömmliche soziale Sicherheiten für alle, die Hilfen brauchen. Ein unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens sind ein guter Öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte Infrastruktur. Wir wollen dafür eine kommunale Planungspolitik, die die Bedürfnisse der Menschen in den Fokus rückt. Öffentliche Daseinsvorsorge heißt bezahlbarer Wohnraum, ÖPNV, egalitäre Quartiersentwicklung, Kitas und Schulen sozial gerecht und in gutem Zustand.

Wohnen: Bezahlbarer Wohnraum, das sei an dieser Stelle gesagt: ein Trauerspiel. Geht man durch diese Stadt, strahlt an vielen Stellen das „Investorenglück“, was sich bei der Anlage von Betongold automatisch einstellt. Solide Häuser, einst erbaut für Familien, oft für mehrere Generationen, werden abgerissen und durch Pseudo-Bauhaus-Gebilde ersetzt. Das Ziel, möglichst viel Wohnraum, möglichst hohe Mieten oder Verkaufspreise am sog. Immobilienmarkt herauszuholen. Bezahlbarer Wohnraum fehlt, dafür zu sorgen, ist Aufgabe der Kommune. Und was macht die Verwaltung für den Sozialen Wohnungsbau? Nichts!

Kultur Kunst: Der Kulturauftrag des Landes und seiner Kommunen genießt nach Art. 18 der Landesverfassung NRW Verfassungsrang. Das bedeutet, Kunst und Kultur dürfen nicht Zeitvertreib einiger weniger sein, sondern an Kultur müssen alle Menschen unserer Kommune teilhaben können – unabhängig vom Einkommen, Alter, Geschlecht oder Herkunft. Linke Kulturpolitik richtet sich darauf, günstige Rahmenbedingungen und Freiräume für die Entwicklung der Künste und des kulturellen Lebens zu schaffen. Kultur ist Alltagskultur und hohe Kunst gleichermaßen, Subkultur und kulturelles Erbe. Kultur und Kunst setzen Impulse, stärken die Phantasie, sie sind nicht zuletzt Genuss und Freude. All das ist kein Luxus, den sich die Gesellschaft leisten sollte, sondern Sinn des Lebens. Wir wenden uns wegen dieser Bedeutung vehement gegen die Pläne der Verwaltung, den Kunst- und Kulturbereich unter dem Dach des Stadtmarketing organisieren zu wollen.

Und noch ein Wort zum Plan, eine „Kunstfigur“ von Ottmar Alt demnächst auf den weitestgehend versiegelten Vorplatz des Kulturhauses „Alte Sparkasse“ zu errichten. Ca. 30.000 € soll die Figur kosten! Unser Vorschlag, eines von den fast vergessenen, vernachlässigten Objekten des 1993 durchgeführten Sandsteinsymposiums an Stelle der Alt'schen Figur dort aufzustellen. Passt viel besser, weil es Kultur-Denkmale sind. Das eine Kunstwerk, Eisen und Ibb. Sandstein, wäre auch als dreifache Sitzfläche nutzbar. Kosten? Na ja, die Umzugskosten.

Für eine starke LINKE! Konsequenter sozial-ökologisch!

www.die-linke-steinfurt.de

Flüchtlinge, Migration: Die Politik der vergangenen Jahre hat bei der Beseitigung des Investitionsstaus in den Kommunen ebenso versagt, wie bei der Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheit beim Einkommen, beim Vermögen und bei den Bildungschancen. Überproportional betroffen sind dabei die Migrant*innen. Fortdauernde Benachteiligungen, verstärkt durch „Corona“, haben häufig zu geringen Erwerbseinkommen geführt. Kinder und Jugendliche aus diesem Milieu sind benachteiligt. Das machen ihre deutschen Bildungsbiographien deutlich. Nachzulesen u.a. in Statistiken und Studien.

Das bestehende Integrationssystem ist stark verbesserungsbedürftig. Mehr finanzielle Mittel, faire Bezahlung für die Lehrkräfte der Integrationskurse. Geflüchtete mit Duldung, Asylsuchende und Menschen mit Aufenthaltsstatus müssen mit einbezogen werden. Die Zentrale Unterbringungs-Einheit ZUE ist ein Skandal. Sie befindet sich auf dem Stadtgebiet Ibbenbürens, was nicht vielen Bürgern bekannt ist. Sie wird unsichtbar durch Ignoranz. Die Kinder haben zwar das Recht auf Bildung, nur die Ibbenbürener Schulen winken ab. Die ZUE-internen Versuche können den Besuch einer Schule nicht ersetzen. Den Kindern und Jugendlichen stiehlt man wichtige Jahre, die der Bildung gewidmet sein müssten. Kinder ohne Schule, ein Skandal! Eine Politik der Ausgrenzung und Entrechtung ganzer Geflüchtetenengruppen muss sofort beendet werden. Hier kneift Ibbenbüren und versteckt sich hinter der Bezirksregierung.

Geldmittel für die wichtige Integrationsarbeit ausländischer Mitbürger und Geflüchteter hat Ibbenbüren reichlich erhalten, geht aber damit sparsam um. So wurden 2,4 Mio. € Überschuss aus Leistungen für Asylsuchende und Asylbewerber 2018 stillschweigend der Einnahmeseite des Haushalts zugeschlagen, nicht aber für den vorgesehenen Zweck eingesetzt (Teilergebnisplan 2018, 05.313.01). Kritik daran perlt ab. Da bleibt eben schon mal was übrig. So konnten jetzt die fehlenden Mittel in Höhe von 70.000 € für die Bekämpfung des Eichenprozessionsspinners aus dem Produkt '05.375.01.2 „Soziale Einrichtungen für Ausländer“ entnommen werden. Buchungstechnisch ist das sicher korrekt, das Geld wurde vermutlich in dem Produkt nicht mehr gebraucht, weil die Zahl der in städtischen Gebäuden wohnenden Geflüchteten sinkt. Aber die präzise Benennung der Quelle der 70.000 € für den „überplanmäßigen Bedarf“ zur Beseitigung des Ungeziefers -„Soziale Einrichtungen für Ausländer“-, stellt eine gewisse Peinlichkeit dar. Weiter möchte ich das nicht ausführen. Ein Integrationskonzept, 25.000 €, sind seit 2018 im Haushalt dafür eingestellt, ist trotz wiederholter Anmahnung bis heute nicht vorgelegt worden, mit den krudesten Ausreden, im Moment Corona(!). Angeblich ist für die Erstellung ein Büro beauftragt worden. Genaues ist nicht bekannt. Und übrigens, wie man so ein Konzept erstellt und mit Inhalt füllt? Schauen Sie mal auf die Homepage der Stadt Rheine!

Solange die Zukunft Ibbenbürens nicht ernster genommen wird, können wir auch diesem Haushalt nicht zustimmen.

Richard Frank, Fraktionssprecher DIE LINKE. *Ibbenbüren*

Für eine starke LINKE! Konsequent sozial-öko-logisch!

www.die-linke-steinfurt.de